

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/90

Bonn, den 14. Mai 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Die Entscheidung

51

Was will die Außerparlamentarische Opposition?

2 - 3

Der Elbe-Seitenkanal

91

Eine Wasserstraße von europäischer Bedeutung

Von Senator Helmuth Kern

Präsident der Behörde für Wirtschaft und Verkehr

4

Spanien - noch nicht reif für die EWG

44

Folgenreicher "Mini-Reichsparteitag"

Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Ein ehrlicher Ausgleich der Interessen
Das Unglück unseres Volkes
Über Verbrechen gegen die Menschlichkeit informieren
Daß es diese Nation ist
"Eine Trennung wollen wir nicht"
Oder-Neiße-Linie kommunistischer Erfolg
Der Bürgermeister von Eger kommt zu Besuch
Im Weipert fast die Hälfte Deutsche
Beschleunigung der 20. LAG-Novelle
Erhöhte Aufträge an die Betroffenen

*

*

*

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

Die Entscheidung

Was will die Außerparlamentarische Opposition ?

sp - Die Außerparlamentarische Opposition, dieses neueste kräftig sich rührende Gebilde in der Bundesrepublik, ist vielschichtiger Natur, sie läßt sich nicht auf einen Nenner bringen. Ist sie der Ausdruck des Unbehagens über die Große Koalition? Diese Frage stellen, heißt sie schon verneinen. Die Große Koalition findet die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes. Die Außerparlamentarische Opposition kann sich nicht darauf berufen, im Namen der Mehrheit aufzutreten. Ein Sprecher auf der Bonner Kundgebung der Sternmarschteilnehmer erhob diesen Anspruch. Zu Unrecht. In der einzigen Massenkundgebung, die die Außerparlamentarische Opposition am letzten Samstag in Bonn zustande brachte, blieb das Volk fern; die Demonstranten, aus allen Teilen der Bundesrepublik herbeigeholt, blieben unter sich; sie marschierten durch leere Straßen. Die Bürger in Bonn zogen den Ausflug in die schönen Gefilde der Eifel vor oder hielten sich in ihren Häusern auf. Die kabarettistischen Vorstellungen fanden vor den eigenen Anhängern statt, es fehlten die Menschen, die die Veranstalter überzeugen wollten.

Was will die Außerparlamentarische Opposition? Will sie die Demokratie und das Parlament reformieren? Will sie und wird sie, wie ihre Sprecher es ankündigten, den freigewählten Deutschen Bundestag unter ständigem Druck halten und die Abgeordneten zwingen, nicht ihrem Gewissen zu folgen, sondern der Gewalt von außen nachzugeben? Die Initiatoren des Sternmarsches auf Bonn werden diese Fragen als Zumutung empfinden. Sie trommelten ja die Menschen zusammen, um, wie sie sagten, Gefahren für die Demokratie und für die freiheitliche Grundordnung unseres Staates abzuwehren, wobei sie freilich dem Bundestag das Recht bestreiten, notwendige Gesetze zum Schutz von Volk und Staat zu verabschieden. Welche Anmaßung.

Die Außerparlamentarische Opposition verfolgt selbst unklare, schillernde Zielsetzungen, die sich nicht miteinander vereinbaren lassen. Sie weiß nicht, wohin der Weg führt, den sie geht. Einige freilich wissen es schon, sie halten nichts vom parlamentarischen System, nichts von der Verfassung, die uns die Schöpfer des Grundgesetzes gaben, sie träumen von der Errichtung einer Art Räteystem, das Parlamentarismus und Demokratie ersetzen soll. Diese unausgegorenen Vorstellungen bestimmter Gruppen haben viel Explosivstoff in sich, und alle Demokraten müssen wachsam sein, daß es nicht zu einer Explosion kommt, deren Folgen unüberschaubar wären.

Der Außerparlamentarischen Opposition bieten sich zwei Wege an. Entweder empfiehlt sie ihren Anhängern, in die bestehenden demokratischen Parteien einzutreten, um dort um die Verwirklichung ihrer Ideen zu kämpfen, soweit sich diese Ideen am Grundgesetz und an der parlamentarischen Demokratie orientieren und sie selbst es ehrlich mit der Demokratie meinen und aktiv an ihrem Auf- und Ausbau mitwirken wollen. Oder sie betätigt und organisiert sich als eigene Partei, die versucht, wie alle anderen Parteien, um die Gunst des Volkes zu ringen. Wie es aussieht, scheuen die Führungskräfte der Außerparlamentarischen Opposition diese Wahl, würde doch mit einer solchen Entscheidung ihre eigene Schwäche offenbar. Eine solche Entscheidung würde auch die Spreu vom Weizen trennen und jene Kräfte innerhalb der außerparlamentarischen Opposition sichtbar werden lassen, die auf die Zerstörung von Demokratie und Parlamentarismus hinwirken.

Der Elbe-Seitenkanal

Eine Wasserstraße von europäischer Bedeutung

Von Senator Helmuth Kern

Präsident der Behörde für Wirtschaft und Verkehr

Mit dem ersten Spatenstich zum Elbe-Seitenkanal am 6. Mai 1968 durch Bundesverkehrsminister Leber wird ein Plan in die Tat umgesetzt, um den sich Hamburg in der einen oder anderen Form seit 1911 bemüht hat. Der Wert, den diese Wasserstraße für die Hansestadt besitzt, wird daraus deutlich, daß Senat und Bürgerschaft des Stadtstaates sich bereit erklärt haben, ein Drittel der Kosten für den Bau des Kanals zu übernehmen und mit dem Hamburger Anteil von 254 Millionen DM den Bund von den während der ersten Bauzeit des Kanals anfallenden Baukosten freizuhalten. Im Zuge der Bestrebungen, die europäischen Wirtschaftsblöcke einander näherzubringen, gewinnt der Elbe-Seitenkanal zunehmend auch an europäischer Bedeutung.

Der Elbe-Seitenkanal wird die Stellung Hamburgs gegenüber Rotterdam und den anderen Rheinmündungshäfen verbessern. Von einem leistungsfähigen Seehafen wird mit Recht ein umfassendes Angebot an Verkehrsverbindungen ins Hinterland erwartet. Nur dann, wenn man von ihm aus jede Art von Ware auf dem ihr angemessenen Wege möglichst schnell und möglichst billig ins Hinterland weiterbefördern oder von dort zu ihm hinschaffen kann, ist er für alle seine potentiellen Kunden interessant.

Hamburg besitzt gute und ständig besser werdende Eisenbahn- und Straßenverbindungen. Dagegen genügt der Binnenschiffahrtsweg in sein Hinterland den gestellten Anforderungen zur Zeit noch nicht. Die schweren und überwiegend ungünstigen Wasserstände auf den Elbstrecken zwischen Lauenburg und Magdeburg sowie zwischen der Saalemündung und der Grenze der Tschechoslowakei hemmen eine günstigere Entwicklung des Warenaustausches zwischen Hamburg und der CSSR sowie dem südlichen Industriegebiet der DDR. Auf diesen Abschnitten der Elbe können die wirtschaftlichen 1.000-Tonnen-Schiffe nur an etwa 70 Tagen im Jahr vollbeladen verkehren. Auch dann, wenn man sie nur mit 750 t Ladung belädt, können sie diese Flußstrecken nur etwa während eines Drittels des Jahres passieren.

Der Elbe-Seitenkanal wird diese Lage zugunsten Hamburgs ändern. Er wird Hamburgs natürliches Hinterland Ostniedersachsen in optimaler Weise mit seinem Hafen verbinden. Für die Beförderung der Güter, die von der Schwerindustrie im Raum Salzgitter, Peine und Braunschweig als Rohstoffe benötigt und als Fertigprodukte auf den Markt gebracht werden, wird der Binnenschiffahrtsweg über den Elbe-Seitenkanal nach Hamburg dann eine sehr wirtschaftliche Transportmöglichkeit vom und zum Seeschiff sein, zumal der Elbe-Seitenkanal bis nach Hamburg ganzjährig für die 1.350 t tragenden Großeinheiten der Binnenschiffahrt passierbar sein wird.

Die Inbetriebnahme des Elbe-Seitenkanals wird zugleich eine günstige Entwicklung des Warenverkehrs zwischen dem südmitteldeutschen In-

Industriegebiet - insbesondere den Regionen Halle/Leipzig und Dresden - und Hamburg herbeiführen. Über ihn und den Ostteil des Mittellandkanals, über den gut ausgebauten Elbabschnitt zwischen Magdeburg und Saalemündung sowie über die ebenso gut hergerichtete untere Saale und den in Vorbereitung befindlichen Elster-Saale-Kanal werden dann ganzjährig 1.000-t-Schiffe vollbeladen zwischen Hamburg und diesem Teil seines geographischen Hinterlandes verkehren können. Einer Nutzung dieses günstigen, seewärtigen Massengutverkehrsweges wird sich die DDR aus wirtschaftlichem Eigeninteresse - so hoffe ich - auf die Dauer kaum verschließen.

Eine weitere Zunahme des Warenumschlages im Hamburger Hafen nach Inbetriebnahme des Elbe-Seitenkanals wird durch das Interesse der CSSR an einer Intensivierung ihres Güterverkehrs über Hamburg gewährleistet. Die CSSR erwägt, den Ausbau des Magdeburger Hafens zu einem Umschlagzentrum ihrer Binnenschifffahrt zu fördern. Die Güter ihrer kleinen Schiffe, die allein die Oberelbstrecke zwischen der Saale und ihrer Grenze dauernd passieren können, sollen dann dort auf 1.000-bis 1.350-t-Fahrzeuge umgeladen und auf diesen über Mittellandkanal und Elbe-Seitenkanal weiterbefördert werden.

Schließlich wird die Inbetriebnahme des Elbe-Seitenkanals eine wesentlich günstigere Entwicklung der Binnenschifffahrt im Hinterland Hamburgs innerhalb der Bundesrepublik herbeiführen. Wenn der Elbe-Seitenkanal dem Verkehr gewidmet ist, werden auch der Mittellandkanal und die westdeutschen Kanäle durchgehend auf den Verkehr der "Europakähne" mit einer Ladungsfähigkeit bis zu 1.350 t eingerichtet sein. Diese kostengünstigen Großschiffe werden dann ganzjährig ungehindert zwischen Hamburg und dem ostniedersächsischen Industriegebiet sowie der Rhein-Ruhr-Region unterwegs sein können. Und sie werden auf dem Wege über den Elbe-Seitenkanal dann 213 km weniger zurücklegen müssen als die heute von Hamburg aus dorthin verkehrenden Fahrzeuge.

Endlich muß auch die europäische wirtschaftliche und politische Bedeutung des jetzt in Angriff genommenen Wasserstraßenbaus hoch eingeschätzt werden. Der Elbe-Seitenkanal wird bereits unmittelbar nach seiner Fertigstellung ein wichtiger Teil des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes sein. Seine Anlage dürfte darüber hinaus aber auf lange Sicht eine weitere bedeutsame Verdichtung dieses Systems von Verkehrswegen fördern. Die CSSR wünscht nach wie vor einen "vollschiffigen" Ausbau der Elbstrecke jenseits ihrer Grenze. Sie erweitert selbst die Schiffbarkeit des in ihr Hoheitsgebiet fallenden Elbabschnittes und der Moldau. Sie plant einen Verbindungskanal zwischen der Elbe und der March im Zuge eines Elbe-Donau-Kanals. Damit aber zeichnet sich eine durchgehende direkte Wasserstraßenverbindung zwischen Hamburg über Prag nach Wien und Budapest ab.

Ein wichtiger Teil dieser für alle Anrainergebiete nicht hoch genug einzuschätzenden Wasserstraße der Zukunft wird mit dem Elbe-Seitenkanal bereits bald Wirklichkeit. Sein Bau erweist sich zugleich als Beitrag zur Verbesserung des politischen Verhältnisses zwischen beiden Teilen Deutschlands und zwischen der Bundesrepublik und den süd-osteuropäischen Staaten.

Spanien - noch nicht reif für die EWG

Folgenreicher "Mini-Reichsparteitag"

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die 300 falangistische Altkämpfer, die unter Absingen des Horat-Wessel-Liedes und "Heil Hitler"-Rufen mit erhobener Rechten unter Polizeischutz eine Gedenkmesse für Hitler in einer Madrider Kirche trotz erzbischöflichen Verbots und einen "Mini-Reichsparteitag" veranstalteten, dokumentierten wieder einmal deutlich, daß Spanien für die EWG noch nicht reif ist. Diese Feststellung stammt von EWG-Diplomaten in Madrid, die voraussagten, daß dieser Akt für Hitler in Brüssel noch ein Nachspiel haben wird.

Die Altkämpfer, darunter ein Falange-Gründungsmitglied, ein General und zwei hohe Offiziere, frönten auch dem Antisemitismus. Falange-Mitgründer César Moreno-Navarro verstieg sich zu der Behauptung, Spanien sei eine Demokratie, doch die beste Medizin für die aufbegehrende katholische, sozialistische und kommunistische Opposition seien Prügel.

Die Hitler-Feier, die bisher jedes Jahr von kirchlicher Seite unterdrückt werden konnte, ging heuer in Madrid glatt über die Bühne. Die Falangisten hatten Hakenkreuzabzeichen und Hakenkreuzfahnen mitgebracht, ein nicht unbeträchtliches Polizeikommando unter Führung eines Hauptmanns sorgte dafür, daß diese Veranstaltung störungsfrei ablaufen konnte. Damit und durch die Anwesenheit von General Garcia-Rebull und anderer Spitzenfunktionäre ist erwiesen, daß es sich um eine Demonstration des spanischen Regierungslagers gehandelt hat. Für das Ansehen der Deutschen spricht die Nichtbeteiligung selbst der ortsansässigen deutschen Ex-Nazis an der Kleinausgabe eines Nürnberger Reichsparteitages, den außer einem deutschen Journalisten ein britischer sowie ein holländischer Kollege und ein sechsköpfiges Kamerateam der US-Fernsehgeseilschaft ABC beobachteten.

Die in Madrid versammelten Altkämpfer, die aus ihren Sympathien für die NPD keinen Hehl machten, wußten natürlich nicht, daß diese Partei in der Bundesrepublik der Beschäftigung spanischer Gastarbeiter den Kampf ansagt und die Spanier als "minderwertiges Volk" abstempelt. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht erst zu sorgen. Bundeskanzler Kissinger, der am 29. Mai mit Spaniens Staatsoberhaupt Franco zusammentreffen wird, dürfte nun Gelegenheit haben, seinen Gesprächspartnern klarzumachen, auf wie wenig Gegenliebe diese Hitler-Verehrung bei den EWG-Partnern stößt.

Auch die israelitische Kultusgemeinde kündigte scharfen Protest an, die Jesuiten hatten den Madrider Erzbischof Casimiro Morcillo ebenfalls gebeten, die Messe zu verbieten - was auch geschah. In der Messe selbst wurde Hitlers Name nicht erwähnt. Gemeindepfarrer Paulino Bonill von Sankt Martin zog sich geschickt aus der Affäre. Trotzdem wird der Hitler-Gedenkgottesdienst für ihn noch ein Nachspiel haben. Für die spanische Staatsführung kommt das Nachspiel in Brüssel, wie in Madrid ansässige Diplomaten aus dem Europa der Sechs betonen.